

Antrag 93/I/2020**KDV Steglitz-Zehlendorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen: Der Parteikonvent möge beschließen:****Moria - wir müssen jetzt helfen!**

1 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder der Bun-
 2 desregierung und die sozialdemokratischen Mitglieder
 3 des Bundestages sowie des Bundesrates auf, sich dafür
 4 einzusetzen, dass die Kommunen und Länder, die wie Ber-
 5 lin sich bereits für eine Aufnahme von Geflüchteten, die
 6 sich in den Lagern auf den griechischen Inseln befinden,
 7 bereit erklärt haben, dies auch umgehend umsetzen dür-
 8 fen!

9
 10 Die bislang 138 sicheren Häfen in Deutschland müssen ge-
 11 hört werden und Menschen aufnehmen dürfen, das Ange-
 12 bot des sozialdemokratischen Innensenators Berlins, An-
 13 dreas Geisel, im Rahmen dieser Initiative 300 Geflüchtete
 14 aus dem Lager Moria aufzunehmen, ist von der Bundesre-
 15 gierung anzunehmen.

16
 17 Insbesondere Kinder müssen - gemeinsam mit ihren Fa-
 18 milien - umgehend aus den menschenunwürdigen Lagern
 19 auf den Ägäischen Inseln in Sicherheit untergebracht wer-
 20 den. Dies gilt ebenso für Schwangere, allein flüchtende
 21 Frauen und schwer Traumatisierte.

22
 23 Der von der SPD im September 2020 erkämpfte Kompro-
 24 miss zur Aufnahme von rund 1.000 Geflüchteten in der
 25 Bundesrepublik, die bereits in Griechenland einen Asylan-
 26 trag gestellt haben, stellt einen ersten Schritt zur Beendi-
 27 gung der faktischen Inhaftierung von Geflüchteten unter
 28 inhumanen Bedingungen auf den griechischen Inseln dar.
 29 Diesem hart errungenen Zeichen von Mitmenschlichkeit
 30 müssen weitere Maßnahmen folgen. Die Akzeptanz und
 31 Umsetzung der Aufnahmebereitschaft der „sicheren Hä-
 32 fen“ insgesamt ist eine konkrete Aufgabe.

33
 34 Wir begrüßen und bekräftigen daher die entsprechende
 35 Bundesratsinitiative u.a. des Landes Berlin, eine Änderung
 36 des § 23 des Aufenthaltsgesetzes kurzfristig zu erreichen
 37 und somit eigene Landesprogramme zur Aufnahme von
 38 Geflüchteten zu ermöglichen.

39
 40 Anstatt einer Aufrüstung der Grenzschutzbehörden durch
 41 Polizei und Militär, fordern wir humanitäre Unterstützung
 42 für flüchtende Menschen.

43
 44 Wir wollen die grundsätzlichen Probleme europäischer
 45 Migrationspolitik nicht aus den Augen verlieren und be-
 46 kräftigen die bereits bestehenden Beschlüsse der Berliner

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)****Für uns in Berlin ist die Unveräußerlichkeit von Menschen-
rechten Grundlage des städtischen Zusammenlebens.**

Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder der Bun-
 desregierung und die sozialdemokratischen Mitglieder
 des Bundestages sowie des Bundesrates auf, sich dafür
 einzusetzen, dass die Kommunen und Länder, die wie Ber-
 lin sich bereits für eine Aufnahme von Geflüchteten, die
 sich in den Lagern auf den griechischen Inseln befinden,
 bereit erklärt haben, dies auch umgehend umsetzen dür-
 fen!

Die bislang 138 sicheren Häfen in Deutschland müssen ge-
 hört werden und Menschen aufnehmen dürfen, das Ange-
 bot des sozialdemokratischen Innensenators Berlins, An-
 dreas Geisel, im Rahmen dieser Initiative 300 Geflüchtete
 aus dem Lager Moria aufzunehmen, ist von der Bundesre-
 gierung anzunehmen.

Insbesondere Kinder müssen - gemeinsam mit ihren Fa-
 milien - umgehend aus den menschenunwürdigen Lagern
 auf den Ägäischen Inseln in Sicherheit untergebracht wer-
 den. Dies gilt ebenso für Schwangere, allein flüchtende
 Frauen und schwer Traumatisierte.

Der von der SPD im September 2020 erkämpfte Kompro-
 miss zur Aufnahme von rund 1.000 Geflüchteten in der
 Bundesrepublik, die bereits in Griechenland einen Asylan-
 trag gestellt haben, stellt einen ersten Schritt zur Beendi-
 gung der faktischen Inhaftierung von Geflüchteten unter
 inhumanen Bedingungen auf den griechischen Inseln dar.

Diesem hart errungenen Zeichen von Mitmenschlichkeit
 müssen weitere Maßnahmen folgen:

- dass die Bundesrepublik Deutschland mindestens alle der durch den Brand des Flüchtlingscamps in Moria obdachlos gewordenen Geflüchteten evakuiert und aufnimmt.
- dass alle in Moria an Corona Erkrankten nach Berlin evakuiert werden, um sie hier, wo enorme Versorgungskapazitäten errichtet wurden und bisher ungenutzt bereitstehen, medizinisch zu versorgen.

Die Akzeptanz und Umsetzung der Aufnahmebereitschaft
 der „sicheren Häfen“ insgesamt ist eine konkrete Aufgabe.

Wir begrüßen und bekräftigen daher die entsprechende
 Bundesratsinitiative u.a. des Landes Berlin, eine Änderung
 des § 23 des Aufenthaltsgesetzes kurzfristig zu erreichen

47 SPD.
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78

und somit eigene Landesprogramme zur Aufnahme von Geflüchteten zu ermöglichen.

Zusätzlich sollte die SPD-Spitze das Thema Flüchtlingsaufnahme kurzfristig erneut auf die Tagesordnung des Koalitionsausschusses setzen und darauf drängen, dass Wege gefunden werden, wie die Bundesländer in der Zwischenzeit kurzfristig zusätzlich Geflüchtete mit Länderprogrammen ohne Blockade des Bundesinnenministers aufnehmen können.

Des Weiteren sind die SPD-Spitze und die Bundestagsfraktion dazu aufgerufen, in der Koalition darauf zu drängen, 1. dass die Bundesregierung eine grundsätzliche Strategie zur Aufnahme von Geflüchteten aus den EU-Grenzstaaten entwickelt, um künftig human und proaktiv auf Flüchtlingsbewegungen reagieren zu können. 2. dass während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft und darüber hinaus mehr Staaten als bisher für eine Evakuierung von Geflüchteten gewonnen werden und dafür auch Unterstützung aus EU-Programmen bekommen. 3. dass in der EU ein Fond errichtet wird, mit dem aufnahmebereite Kommunen aller EU-Mitgliedstaaten für die Integration, Bildung, Ausbildung, infrastrukturelle Versorgung und Beschäftigung von Geflüchteten finanziell unterstützt werden.

Anstatt einer Aufrüstung der Grenzschutzbehörden durch Polizei und Militär, fordern wir humanitäre Unterstützung für flüchtende Menschen.

Wir wollen die grundsätzlichen Probleme europäischer Migrationspolitik nicht aus den Augen verlieren und bekräftigen die bereits bestehenden Beschlüsse der Berliner SPD.